



## Dr. Angela Merkel

*Vorsitzende der CDU Deutschland*

### „Die Wir-Gesellschaft – Über die Notwendigkeit einer Neuen Sozialen Marktwirtschaft“

Dr. Angela Merkel  
17. Juli 1954. Physikerin,  
CDU-Bundesvorsitzende.  
Pfarrerstochter, geboren in Hamburg,  
aufgewachsen in der DDR. Abitur in  
Templin, Studium der Physik in Leipzig.  
Der ursprüngliche Berufswunsch  
Lehrerin war wegen kirchlicher Bindung  
nicht zu verwirklichen. 1986 Promotion  
zum Dr. rer. nat. Seit 1978 wissen-  
schaftliche Mitarbeiterin am Zentral-  
institut für Physikalische Chemie an der  
Ost-Berliner Akademie der Wissen-  
schaften. 1989 politisches Engagement  
beim Demokratischen Aufbruch.  
1990 stellvertretende Sprecherin der  
letzten, dann schon frei gewählten  
DDR-Regierung. 1990 Wechsel zur  
CDU. Seit 1990 Mitglied des Bundes-  
tages. Im vierten Kabinett Kohl 1991  
Bundesministerin für Frauen und  
Jugend. Seit 1991 auch Mitglied des  
CDU-Bundesvorstandes. 1994–1998  
Umweltministerin. Nach Abwahl der  
Kohl-Regierung 1998 CDU-General-  
sekretärin. Seit 2000 Bundesvorsitzende  
ihrer Partei.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ganz herzlichen Dank für eine Einladung einer mit Sicherheit nicht überparteilichen Person zu einer überparteilichen Institution, wie Sie es sind; obwohl mir bei der geografischen Beschreibung des Ortes, an dem wir uns befinden, nämlich der Hinter- oder der Vorderseite des Rathauses, die Frage gekommen ist, dass zumindest die Nähe zu Parteien nicht völlig ausgeschlossen ist, wenn auch vielleicht nur die räumliche. Ich könnte, Herr Präsident mit Ihnen über das deutsche Ideal von Autoritätspersonen jetzt sicherlich eine Weile lang streiten, das will ich aber nicht tun. Ich vermute, selbst in Hansestädten ist die Meinungsvielfalt zu diesem Thema relativ groß. Aber als geborene Hamburgerin will ich diese Frage dann heute Abend offen lassen und versuchen, das Gemeinsame herauszustrichen. Ich will Hamburg ein bisschen schweren Herzens gratulieren, weil Sie gestern einen erfreulichen Tag hatten. Ob das für Fische und sonstige Lebewesen auch gilt, weiß ich nicht, aber das Mühlenberger Loch hat nicht den Ausschlag gegeben, sondern der A3XX kann in einigen Varianten in Hamburg gebaut werden. Glückwunsch!

Wenngleich ich nicht verhehle, dass es Zeiten gab, in denen wir den Traum hatten, das Ganze nach Rostock-Laage zu bringen, um dort in den neuen Ländern auch ein Zeichen zu setzen. Ich danke denen, die auch da klatschen. Aber insgesamt ist es sicherlich für die Bundesrepublik Deutschland gut, dass wir einen Teil dieser ganz wichtigen Flugzeugentwicklung mitmachen können. Ich schließe mich aber ausdrücklich nicht der Argumentation des heutigen Bundeskanzlers an und damals scheidenden Ministerpräsidenten an, dass die Entscheidung für Hamburg schon deshalb gut ist, weil die niedersächsischen Pendler es dann nicht so weit haben. Das teile ich nicht!

Aber meine Damen und Herren, vielleicht ist es ja fast symbolisch, dass diese Entscheidung so viel Freude ausgelöst hat, weil sie eben an einem seidenen Faden hing. Und ich sag' ganz einfach, es ist für Deutschland nicht gut, wenn derartige Entscheidungen letztlich an seidenen Fäden hängen, von irgendwelchen Gerichtsinstanzen abhängen und wir uns immer ein bisschen wie ein Teil eines Zufallsgenerators fühlen.

Und deshalb glaube ich, dass es sinnvoll ist, sich zu überlegen, welche Aufgabe hat Politik am Anfang des 21. Jahrhunderts? Was brauchen wir, was hat sich verändert, was sind die Konstanten? Und um darauf zu kommen, möchte ich Ihnen die Frage stellen, ob Sie sich darüber Rechenschaft abgelegt haben, warum der Sozialismus und der Kommunismus ausgerechnet Ende der 80er Jahre zusammengebrochen sind?

Ich habe es neulich bei der Verleihung des Bürgerpreises der CDU-Fraktion schon einmal angerissen, und will es heute noch mal aus einer anderen Perspektive sagen. Im Grunde war Ende der 80er Jahre für den aufmerksamen Beobachter klar, dass der Zusammenbruch des Sozialismus nicht alleine darauf zurückzuführen war, dass die Menschen im Osten plötzlich die Freiheit entdeckt hatten. Die hatten sie schon seit Ende der 40er Jahre vehement vermisst, deshalb musste auch die Berliner Mauer gebaut werden. Vielmehr hatte sich ökonomisch einfach etwas verändert, ein Prozess, den wir heute mit dem Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft beschreiben. Dies bedeutet, dass die wesentliche Schubkraft zur Vermehrung des Kapitals nicht mehr die mechanische Arbeitskraft des Menschen, sondern das Humankapital geworden war. Und an diesem Punkt sind die Diktaturen der Arbeitsklasse, deren politische Ordnung die sozialistische Diktatur war, wie wir es immer so gelernt haben, in einen nicht auflösbaren Konflikt gekommen, nämlich in den Konflikt, dass die Menschen während der Arbeitszeit aus voller

Kraft hätten denken müssen, um im Rahmen ihrer Humankapitalvoraussetzungen einen hohen Gewinn zu erwirtschaften, aber mit Verlassen des Arbeitsortes sofort wieder aufhören mussten zu denken, damit sie die politische Diktatur ertragen konnten.

Und da das nicht zusammengeht, gibt es nur zwei denkbare mögliche menschliche Reaktionen. Die eine: Sie werden zum politischen Dissidenten. Das sind auch viele geworden, und glücklicherweise konnten die dann aus der DDR in den Westen gehen. Oder aber Sie werden zu jemandem, der zum Schluss nicht mehr in der Lage ist, Höchstleistungen zu vollbringen. Und das fällt vielleicht in die Rubrik der größten Schandtaten des Sozialismus, die überhaupt nicht wieder gutgemacht werden können. Weil sie es Millionen Menschen nicht erlaubt haben, an ihre Leistungsgrenzen zu stoßen, weil immer ein staatliches Verbotsschild da war. Und in dem Moment, wo das Wissen, das Denken, das Humankapital zur wesentlichen Quelle von Wohlstand wurden, da haben die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten den ökonomischen Wettlauf nicht mehr mithalten können. Das Ganze hat sich – wie so oft – in der Rüstungsindustrie abgespielt, und deshalb war SDI ein nicht ganz unwesentlicher Schritt. Und das Ganze lehrt uns zwei Dinge, die sehr wichtig sind: Erstens, dass die freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, die wir in Deutschland soziale Marktwirtschaft nennen, und die freiheitliche Ordnung der Gesellschaft, die wir Demokratie nennen, unlösbar miteinander verbunden sind. Und zweitens, dass dieses Verständnis der Bundesrepublik Deutschland von Anbeginn an geprägt war durch Adenauer, durch Ludwig Erhard vor allen Dingen, das ist einer der großen Vorzüge dieser Bundesrepublik Deutschland.

Und nun ist die Zeit vorangeschritten. Die Industriegesellschaft weicht der Wissensgesellschaft, und wir haben uns die Frage zu stellen, was sind die Veränderungen, auf die wir Antworten finden müssen, und was sind das für Grundwerte, auf denen wir wieder aufbauen müssen?

Und wenn wir uns die Veränderungen angucken, dann ist es einmal die Tatsache, dass wir mit einer Vielzahl von Informationen durch intelligente Verknüpfung heute Wissen herstellen können, verarbeiten können, vermarkten können und dass diese Informations- und Kommunikationstechnologie die Geschwindigkeiten und die Hierarchien, in denen Wirtschaft funktioniert, massiv verändert haben. Wir haben zum Zweiten die Entwicklung hin zur Globalisierung. Das hängt einmal mit der Informations- und Kommunikationstechnologie zusammen. Das hängt dann auch damit zusammen, dass die politischen Ordnungen des Kalten Krieges zusammengebrochen sind. Und wir haben drittens eine Erscheinung, die hat mit alldem sehr wenig zu tun, oder aber nur sehr indirekt. Wir haben eine massive Veränderung der demographischen Struktur unserer Gesellschaften. Wohlstand hat auch eine Schattenseite – sage ich mal in Anführungsschritten –, nämlich die Tatsache, dass wir längst nicht mehr so viele Kinder haben, wie das in früheren Jahrzehnten der Fall war. Und auf diese Veränderungen müssen wir Antworten finden. Ich habe von der neuen sozialen Marktwirtschaft nicht etwa gesprochen, weil ich glaube, dass wir die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft ändern müssen, sondern weil ich glaube, dass die Veränderung der Bedingungen, auf die sie angewandt werden muss, so massiv ist, dass es dieses Begriffes bedarf, um deutlich zu machen, dass wir in einem neuen Jahrhundert, in einer neuen Zeit leben.

Was waren die Prinzipien? Das Prinzip der Gründerväter war ja im Grunde erst einmal der Grundgedanke der Freiheit. Wir als CDU sind immer davon ausgegangen, dass die Menschen unterschiedlich sind. Wir wissen, dass sie unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten haben und dass staatliche Ordnungen nicht die Aufgabe haben, aus diesen unterschiedlichen individuellen Menschen gleiche Persönlichkeiten zu machen. Politik und die Gesellschaft haben vielmehr die Aufgabe, jedem möglichst viele Entfaltungschancen seiner individuellen Eigenschaften zu ermöglichen.

Das Spannende der Nachkriegszeit war ja im Grunde, dass man unter den Bedingungen des Mangels den Mut hatte zu sagen, weil wir von der Unterschiedlichkeit der Menschen wissen, vervollkommen wir nicht etwa das

Verteilungssystem von Lebensmittelkarten, sondern wir geben den Menschen die Chance, mit Hilfe von Eigentum unterschiedliche Ergebnisse zu erwirtschaften und anschließend einen Verteilungsmechanismus einzuführen, der dann Wohlstand für alle bringt. Es war ja durchaus eine interessante und für viele heute unlogisch anmutende Antwort, dass man nicht versucht hat, Mangel durch Mangelverwaltung zu beseitigen, sondern Mangel durch ein klares Bekenntnis zum unterschiedlichen Ergebnis beseitigt hat. Und diesen Mut müssen wir heute wieder haben. Dieses mutige Handeln war aber nur deshalb so erfolgreich, weil die Ordnung der Freiheit nicht der Willkür überlassen wurde, sondern weil sie in einen Ordnungsrahmen eingeführt wurde. Und dieser Ordnungsrahmen als Rahmen für die freiheitliche Tätigkeit war das Element des Wettbewerbs. Und ich glaube, dass wir in einem 21. Jahrhundert unter veränderten Bedingungen wieder dieses klare Bekenntnis zum Wettbewerb aussprechen müssen, und zwar nicht nur in der Bundesliga und nicht nur beim Ski-Springen, sondern auch in der Wirtschaft, in der Bildung und in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Und ich glaube auch, dass es falsch ist, wenn – manchmal auch in meiner Partei – gesagt wird, dass dieser Wettbewerb etwas Unmenschliches an sich hat. Mit Norbert Blüm habe ich darüber viele Auseinandersetzungen gehabt, weil Norbert Blüm immer sagt, gucken Sie nach Moskau und dann können Sie sehen, was passiert, wenn der Wettbewerb von der Kette gelassen wird. Und dann sage ich immer, lieber Norbert Blüm, in Moskau gibt es gar keinen Wettbewerb. Da sind die Staatsmonopole in Oligarchien umgewandelt worden. Und weil es den Wettbewerb, den wir in Deutschland kennen, und die gute Grundstruktur des Mittelstandes nicht gibt, weil diese Ordnung noch nicht hergestellt werden konnte, deshalb ist die Situation im heutigen Russland für viele und für Millionen Menschen so schlecht. Und deshalb ist die Freiheit mit dem Element des Wettbewerbs und dem anschließenden sozialen Ausgleich das Spannungsfeld, in dem sich auch im 21. Jahrhundert die Dinge abspielen werden, nunmehr aber unter veränderten Bedingungen.

Und wenn wir wissen, dass das Humankapital von so großer Bedeutung ist, dann ist es die vordringliche Aufgabe der Gesellschaft, dieses Humankapital auch vernünftig zu entwickeln. Das bedeutet, die Bildungspolitik wird eine zunehmende Bedeutung bekommen, und zwar eine Bedeutung über alle Epochen und Stadien des Lebens hinweg. Bildungspolitik ist ja in der Bundesrepublik Deutschland – wenn man sich so einarbeitet als aktiver Bundesbürger, wie ich das Anfang der 90er Jahre gemacht habe – eines der vermintesten Felder, das man sich denken kann. Tatsache bleibt, dass die Ergebnisse der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland weit unter dem sind, was ich die Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung nenne. Wenn wir heute in internationalen Vergleichsstudien im unteren Mittelfeld liegen – was mathematische, naturwissenschaftliche und Lese- und Schreibleistung anbetrifft –, dann ist das eine Sünde gegenüber den Kindern dieser Gesellschaft, dass sie es nicht besser können dürfen. Und dann ist es die Aufgabe, die Pflicht und Schuldigkeit der erwachsenen Generation, alles daranzusetzen, dass diese Ergebnisse besser werden, und eben nicht die eigenen ideologischen Träume an der Generation zu verwirklichen, die heranwächst. Bildung wird immer wichtiger, und glücklicherweise spricht sich dies ja auch weiter rum. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin stolz darauf, dass in den neuen Ländern, in Sachsen und Thüringen, die Kinder nach zwölf Jahren Abitur machen können. Und das Beste ist, dass diese Kinder in zwölf Jahren in Sachsen und Thüringen mehr Unterrichtsstunden bekommen als die in Nordrhein-Westfalen in 13 Jahren.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Dinge entwickeln sich langsam in die richtige Richtung. Im Saarland wird man zu zwölf Jahren Abitur übergehen, in Baden-Württemberg können sie es schon machen, aber es gibt bis heute – das muss ich sagen – kein einziges sozialdemokratisch regiertes Land, in dem man in zwölf Jahren Abitur machen kann. Und es reicht eben nicht aus, wenn der Bundeswirtschaftsminister sagt, dass er das ganz gut fände, sondern den Worten müssen Taten folgen.

Ich sage ein Zweites. Wir brauchen mit Sicherheit mehr Wettbewerb unter den Universitäten. Ich persönlich glaube, dass das, was die Baden-Württemberger gemacht haben, nämlich für Langzeitstudenten Studiengebühren einzuführen, der absolut richtige Weg ist. Und wer das nicht glaubt, dem muss man nur sagen, dass 40 Prozent der Langzeitstudenten unmittelbar nach Einführung der Studiengebühren ab 13. Semester von den Baden-Württembergischen Universitäten verschwunden sind.

Das bedeutet, was wir ja immer sagen, dass marktwirtschaftliche Mechanismen eben auch bei den Menschen funktionieren. Genau das ist dort geschehen, und nicht auf eine inhumane Art. Und jetzt sage ich, halte ich es für falsch, wenn die Bundesbildungsministerin immer noch davon träumt, dass man ins Hochschulrahmengesetz ein generelles Verbot von Studiengebühren reinschreiben muss. Das ist mit Sicherheit die falsche Antwort auf die Herausforderung der Zeit. Es soll jedem möglich sein zu studieren. Aber dass heute überhaupt nur noch um die zehn oder dreizehn Prozent von Kindern aus Elternhäusern studieren, die nicht bereits eine akademische oder halbakademische Ausbildung haben, das muss man auch dazusagen. Unser bisheriges System hat doch gerade nicht dazu geführt, dass nun besonders viele Arbeiterkinder studieren. Und deshalb können ein Darlehenssystem und ein System von anderen Mechanismen sehr wohl zum gleichen Ergebnis führen.

Und ich sage auch, dass wir mehr Wettbewerb unter den Universitäten brauchen, und den werden wir auch nur bekommen, wenn die zentrale Zulassungsstelle in ihrer Bedeutung abnimmt und nicht zunimmt. Ich weiß sehr wohl, dass das viel mit dem verfassungsrechtlichen Rang des Abiturs zu tun hat, aber warum das Abitur nun eine notwendige und hinreichende Voraussetzung für den Hochschulzugang sein muss und nicht nur eine notwendige, vermag ich nicht einzusehen. Wenn man sowieso weiß, dass eine Vielzahl von Abiturienten heute an Fachhochschulen geht, an die Berufsakademien geht, Facharbeiterberufe lernt, dann glaube ich, können wir eines Tages vielleicht gemeinsam auch noch über diesen Schatten springen. Wenn wir nicht zu mehr Wettbewerb zwischen den Universitäten kommen, werden wir auch weniger Identifikation der Studenten mit ihrer Universität bekommen. Und die Bindung an die eigene Schule ist ein hohes Gut, das in einer globalisierten Welt der vermeintlichen Bindungslosigkeit an Bedeutung gewinnen wird. Die Frage, was unsere Kinder und Jugendlichen lernen, bedarf auch in einer freiheitlichen Ordnung noch mal einer Diskussion. Dass die Naturwissenschaften, die technologischen Wissenschaften und die Ingenieurwissenschaften einen so geringen Stellengrad in der Wahrnehmung vieler junger Leute haben, das liegt doch an der gesamtgesellschaftlichen Diskussion, die wir in der Vergangenheit geführt haben. Und wenn ich Ihnen den A3XX, ich sage mal, nur schweren Herzens gönne, dann hätte ich uns gemeinsam wenigstens den Transrapid von Berlin nach Hamburg gegönnt.

Und es blutet einem doch das Herz, dass wir uns jetzt alle staunenden Auges ansehen werden, dass der in drei bis vier Jahren in Shanghai zum Flughafen fährt. Und dass wir uns dann angucken müssen und von dort erleben werden, dass eine Welle von weiteren Bestellungen aus aller Welt eingehen wird und wir gucken zu. Wenn es einer schafft, dann sind es vielleicht noch die Nordrhein-Westfalen, und das wäre natürlich besonders ungerecht. Das muss ich allerdings auch sagen. Aber selbst Edmund Stoiber gönne ich ihn nicht richtig. Wir müssen bei Berlin – Hamburg dranbleiben, meine Damen und Herren.

Neben der Bildung ist die Frage, wie wir mit technologischen und ingenieurwissenschaftlichen Erfindungen umgehen, eine ganz besonders wichtige Angelegenheit. Am Beispiel des Transrapid habe ich es gesagt. Ich kann mit dem Beispiel der Kernenergie weitermachen. Wir dürfen in Deutschland nicht die Bereiche, in denen wir Spitze sind, durch zu langes Zuwarten und durch die Unfähigkeit, sie selbst zu nutzen, uns Chancen in einer Welt verbauen, in der die Zahl der Wettbewerber größer geworden ist. Und, meine Damen und Herren, man kann über die Kernenergie sicherlich vieles denken, aber dass die vorrangige Aufgabe einer Bundesregierung die ist, die sichersten Kernkraftwerke der Welt möglichst schnell abzuschalten und die unsi-

cheren überhaupt nicht mehr zu beachten, das will mir nicht einleuchten. Es ist nun einmal so, dass in Russland noch 15 Reaktoren vom Typ des Tschernobyl-Reaktors am Netz sind und dass sich die jetzige Bundesregierung um die Verbesserung der Sicherheit dieser Reaktoren so gut wie überhaupt nicht kümmert. Sie setzt ihre gesamte Kraft dafür ein, hier die schnelle Abschaltung herbeizuführen. Und wer über die verschiedenen Sicherheitsstufen von Kernkraftwerken keinen Überblick hat, der muss nur gucken, wo Greenpeace protestiert. Die setzen sich immer auf den Kühlturm in Stade und nie auf den von Tschernobyl, weil ihnen das viel zu gefährlich ist.

Aber das ist ja alles mehr Galgenhumor. Und ich sag' deshalb auch, wenn wir über die Gentechnologie reden: eine für eine christlich und ethisch verwurzelte Partei wie die CDU schwierige Technologie, bei der wir sehr viele Abwägungsfragen zu klären haben. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir zwischen der so genannten roten Gentechnologie und der grünen Gentechnologie nicht einen Unterschied machen, als würde es sich um vollkommen verschiedene Bereiche handeln. Dies sind Entwicklungen an Pflanzen, an Tieren, an Menschen zum Zwecke der Hilfe und der Verbesserung von genau der gleichen Qualität, nur mit einem Unterschied: Wir sind satt und glauben deshalb, von der grünen Gentechnologie nicht abhängig zu sein. Wir sind krank, genau so wie viele andere, und interessieren uns deshalb für die rote Gentechnologie viel mehr. Aber es gibt keinen einzigen Rechtfertigungsgrund, dass die Bundesregierung schon genehmigte Vorhaben und Versuche von grünen gentechnologischen Versuchen mit Pflanzen wieder zurücknimmt. Genauso wenig, wie es richtig wäre, Forschung in Deutschland im Bereich der roten Gentechnologie überhaupt nicht zu entwickeln. Ich bestehe darauf, Forschung braucht Perspektiven. Und die jetzige Bundesregierung hat sicherlich einiges gemacht, und gerade jetzt auch angesichts der Einnahmen aus den UMTS-Lizenzen noch mal der deutschen Forschungslandschaft etwas Geld in die Hand gegeben. Aber wichtig für die Grundlagenforschung ist auch eine Beständigkeit und Berechenbarkeit. Es hat keinen Sinn, die Leute drei Jahre voll zu pumpen und zu sagen, jetzt müssen wir auf die nächste große Einnahmequelle warten, ansonsten können wir über den Fortgang der Forschung nichts sagen. Auch das ist ganz wichtig, und die CDU wird darauf achten, dass Kontinuität und Berechenbarkeit in unserer Forschungslandschaft gewährleistet werden.

Meine Damen und Herren, Globalisierung heißt natürlich, dass wir in einem viel intensiveren Wettbewerb stehen, und dies bedeutet Herausforderung in zwei Bereichen. Einmal im Steuersystem und zum Zweiten der Bereich der sozialen Sicherungssysteme, denen sich die Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft nicht in dem Maße stellen mussten, weil man damals sehr viel nationaler oder regionaler denken konnte. Die Tatsache, dass im letzten Sommer eine Steuerreform beschlossen wurde, war eine erfreuliche Tatsache, die in die richtige Richtung gerichtet war, vorteilhaft insbesondere für die Kapitalgesellschaften. Sie war nicht zureichend – und das sage ich mit allem Nachdruck – für die Personengesellschaften, weil es noch fünf Jahre dauern wird, bis die Personengesellschaften die vergleichbaren Bedingungen wie die Kapitalgesellschaften haben. In einer Zeit, in der sich die Entwicklungen beschleunigen, ist dies natürlich für viele Unternehmen, die als Personengesellschaft organisiert sind, ein elementarer Wettbewerbsnachteil im internationalen Vergleich. Und deshalb wird sich die CDU für 2002 in ihrem Wahlprogramm ganz klar dafür einsetzen, dass wir die Besteuerung der Personengesellschaften schneller an die Besteuerung der Kapitalgesellschaften heranführen. Es hat keinen Sinn, jetzt gegen die Kapitalgesellschaften zu wettern und zu sagen, die haben zu gute Bedingungen. Die brauchen sie. Aber es hat Sinn, dass der Staat nicht durch die Art der Besteuerung vorgibt, in welcher juristischen Form er Unternehmen geführt sehen möchte. Darauf hat der Staat kein Recht, meine Damen und Herren.

Und ich sage zu der Steuerreform ein Zweites. Das mag manch einem eine Marginalie sein, aber die Frage, wie viele Anteile man steuerfrei in eine Kapitalgesellschaft hineingeben kann, ist entscheidend, da Kapital ja eine not-

wendige Größe ist, um Innovationen in Gang zu bringen. Die Regelung, dass dies jetzt auf ein Prozent Anteil an der Kapitalgesellschaft beschränkt ist, führt natürlich dazu, dass die Kapitalgeber ihr Geld eher in die großen Kapitalgesellschaften hineingeben als in die kleinen, weil ein Prozent bei einer großen Kapitalgesellschaft eine Menge ist und ein Prozent von einer kleinen Kapitalgesellschaft wenig. Und das bedeutet, dass gerade die kleinen Start-ups und die, die sich erst gründen und von so genannten Business-Angels gehegt und gepflegt werden sollen, nicht gefördert werden. Eine Bundesregierung, deren Bundeswirtschaftsminister in einem Streitgespräch mit jungen Unternehmern, an dem ich auch teilgenommen habe, sagt, das sei ein Fehler, aber er konnte sich gegen Herrn Eichel nicht durchsetzen, eine solche Bundesregierung hat an der Stelle ihr Ziel verfehlt. Die Aufgabe von Steuergesetzen ist es nun mal, das zu tun, was man tun muss, und nicht das zu unterlassen, was man eigentlich auch noch gerne getan hätte. Dafür kann sich keiner was kaufen.

Und ich sage ein Drittes. Die Ökosteuer ist eine Art der Besteuerung, die man national eben nicht machen kann. Auch die CDU hat gesagt, im europäischen Maßstab, in einem einheitlichen Wirtschaftsraum setzen wir uns für eine schadstoffbezogene und damit umweltlenkende Besteuerung von Ressourcen ein. Aber diese Steuer ist ja nicht schadstoffbezogen, sonst würden Sie nicht auf Windenergie Ökosteuer zahlen und auf die deutsche Steinkohle keine. Das ist die Realität. Sie denken, ich mache Witze? Aber so ist es. Dies ist eine Steuer, die zu dem Ergebnis führt, dass sie das Flugbenzin international nicht besteuern könnten, weil sonst keiner mehr hier landen würde, aber die Deutsche Bahn AG Ökosteuer zahlt. Wenn Bahnfahrten durch die ökologische Besteuerung im Vergleich zum Fliegen teurer geworden ist, dann hat eine solche Steuer ihre ökologische Lenkungswirkung verfehlt. Und eine Steuer, die darauf ausgerichtet ist, dass sie die Rentenkasse füttert, je mehr Sie rasen, umso besser für die Rente in Deutschland, dass eine solche Steuer nicht richtig ist, das sehen Sie am Beispiel der Familien. Eine Familie zahlt, wenn nur eine Person erwerbstätig ist, aber drei Kinder im Haushalt sind, fünf Mal Öko-Steuer. Aber nur einer, der Erwerbstätige, bekommt die Entlastung im Rentensystem. Auf der anderen Seite erhält ein kinderloses Ehepaar, bei dem mit großer Wahrscheinlichkeit beide erwerbstätig sind, für zweimal Öko-Steuerzahlen zweimal Entlastungen. Das bedeutet, Sie haben gar keinen Lenkungseffekt im Ökologischen, dafür aber einen falschen Lenkungseffekt im Familienpolitischen, und gleichzeitig verschärfen Sie noch die Wettbewerbsbedingungen für viele Branchen. Dazu kommt noch die Regelung, dass Betriebe, die besonders viel Energie verbrauchen, eine Ausnahmeregelung kriegen, die demnächst in Brüssel selbstverständlich als Subvention angesehen wird. Weil man sagt, warum sollen die, die viel Energie verbrauchen, besonders wenig Öko-Steuer zahlen, wie es ja heute der Fall ist. Also ich sage Ihnen, angesichts der Globalisierung können Sie solche nationalen Maßnahmen eben auf nationaler Ebene nicht machen, das zeigt sich an dieser Maßnahme, und deshalb sagt der Bundeskanzler ja auch, 2003 ist damit Schluss. Ich sage, es wäre in diesem Januar schon der beste Moment gewesen, damit Schluss zu machen.

Und es zeigt sich doch an einem besonders drastischen Beispiel, nämlich einem Markt, der Sie in Hamburg nur am Rande interessiert, weil Sie wenig Landwirtschaftsbetriebe haben. Aber in einem Markt, der nahezu total vergemeinschaftet ist, nämlich dem Agrarmarkt, haben die Franzosen, als sie die Ölkrise hatten, sofort die Steuer auf den Agrardiesel heruntersetzt. Der französische Bauer zahlt elf Pfennig für den Agrardiesel, und unsere Bauern zahlen 57 Pfennig oder jetzt 49 Pfennig. Und das ist natürlich ein Wettbewerbsnachteil, den Sie durch nichts wieder wettmachen können, weil das pro Hektarbewirtschaftung schon 250 Mark ausmacht. Und wenn der Bundeskanzler sich hinstellt und sagt, unsere Bauern würden sich falsch verhalten und in den Agrarfabriken das Falsche tun, dann kann ich nur sagen, die unterliegen natürlich wie alle anderen Menschen auch ökonomischen Zwängen. Wenn ich den Landwirten schon von den Rahmenbedingungen so schlechte Ausgangspositionen gebe, dann darf ich nicht erwarten, dass sie sich

anschließend so verhalten, wie ich es mir im Idealfall wünsche. Das Steuerrecht ist ein Recht, das unter den Bedingungen der Globalisierung von entscheidender Bedeutung für die Frage ist, wer nach Deutschland kommt und wer von hier weggeht.

Und ein Zweites. Die sozialen Sicherungssysteme. Sie sind eine Konstruktion, die die Väter der sozialen Marktwirtschaft eingeführt haben und die viele Vorteile hat, die aber unter den Bedingungen der Globalisierung eine Erschwernis für uns darstellt. Das heißt nicht, dass ich die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland abschaffen will, aber die Lohnnebenkosten, das heißt die hälftige Beteiligung der Arbeitgeber an den sozialen Sicherungsbeiträgen, führen natürlich dazu, dass wir in vielen Bereichen strukturelle Nachteile gegenüber unseren Wettbewerbern in Europa haben. Sie sehen im Baubereich, dass trotz Richtlinie für die Bauarbeiter, also vereinbarter Mindestlohn für alle Bauarbeiter, die in Deutschland tätig sind, die Stundenlöhne letztendlich durch die Lohnnebenkosten extrem unterschiedlich sind und dies zu Wettbewerbsverzerrungen führte. Deshalb ist die Aussage, dass die Lohnnebenkosten sinken müssen und mit Sicherheit nicht steigen dürfen, ausgesprochen richtig, und wir haben das zu Regierungszeiten auch schon durchgesetzt, damals allerdings schwer bekämpft von der SPD. Und deshalb ist es auch richtig zu sagen, wir müssen im Rentensystem auf die Veränderungen antworten, damit die Beiträge nicht steigen. Im Zweifelsfall sollten sie sogar sinken. Sie dürfen aber nicht einfach nur sinken, weil wir von einer Tasche in die andere arbeiten, sondern das Rentensystem muss strukturell verändert werden, und deshalb war der beste Vorschlag immer noch der nachvollziehbare demographische Faktor von Norbert Blüm, der auf die Veränderung der Lebenserwartung und die Frage, wie viele Kinder geboren werden, eine nachvollziehbare objektivierbare Antwort gegeben hat. Nun habe ich ja – ich will nicht sagen Verständnis –, aber ich habe über Monate miterlebt, dass der Bundesarbeitsminister den vergeblichen Versuch unternommen hat, das gleiche Ergebnis zu erreichen, ohne sagen zu müssen, dass es keinen besseren Weg gibt. Und das Ergebnis ist dann natürlich systematisch schlecht und hat eine Menge Fehler. Worüber wir in den nächsten Wochen noch miteinander verhandeln werden, das ist die private Vorsorge. Im Grundsatz stimmt die CDU dieser privaten Vorsorge zu, weil sie interessanterweise der Einstieg in eine neue Säule der sozialen Sicherung, der Alterssicherung ist, die nicht mehr die hälftige Finanzierung durch die Arbeitgeber enthält. Dies eröffnet uns die Möglichkeit, die Arbeitgeberanteile konstant zu halten oder zu senken und damit auf die internationalen Herausforderungen zu antworten. Bei dieser Säule, wenn ich sie freiwillig mache und wirklich privat, muss ich dann aber auch die Kraft haben, nicht aus der Perspektive des Betreuungsstaats zu denken, sondern den Menschen eine Vielfalt von Instrumentarien in die Hand zu geben, damit diese die neue Säule der Versicherung auch eigenverantwortlich wahrnehmen und gestalten können. Und hier setzt unser Vorwurf bei der vorgesehenen Gestaltung an. Wir sagen, dass hier ein bürokratischer Apparat aufgebaut wird, mit vielen Kriterien, neuen Behörden, unglaublich vielen Randbedingungen, die eben nicht die freiheitliche Verantwortung des Einzelnen belohnen, sondern letztlich wieder den betreuenden Staat widerspiegeln. Darum geht im Augenblick der Kampf im Vermittlungsausschuss. Aber die CDU hat an der Stelle etwas ganz Wichtiges durchgesetzt, was mir als eine weitere Veränderung außerordentlich notwendig erscheint.

Es gab ja auch zu Konrad Adenauers Zeiten immer Diskussionen um die Rente, und nach einer langen Diskussion über die Frage, ob man das Erziehen von Kindern im Rentensystem berücksichtigen soll, hat man sich, weil man keine ordentliche Lösung gefunden hat, zum Schluss entschieden, das nicht zu machen. Adenauer hat gesagt, Kinder kriegen die Leute von alleine und dann wird das Ganze schon funktionieren. Und genau an dieser Stelle – er hat nicht oft Unrecht gehabt – hat er Unrecht gehabt, weil nämlich die Alterssicherung, die das Erziehen von Kindern gar nicht oder viel zu gering berücksichtigt, auf Dauer in der Bevölkerung keine Akzeptanz findet und leider die Entscheidung gegen Kinder befördert hat. Deshalb sagen wir, wenn

wir eine private Säule in der Rentenversicherung wollen, dann darf der Staat die Menschen an dieser Stelle nicht im Stich lassen, er muss vielmehr Anreize schaffen, die private Altersvorsorge fördern und in besonderer Weise die fördern, die Kinder erziehen. Aus diesem Grund haben wir die so genannte Kinderkomponente durchgesetzt, die dazu führt – und das halte ich für richtig –, dass diejenigen, die Kinder erziehen, zum Schluss aus der Summe von privater und gesetzlicher Vorsorge eine höhere Rente haben als die, die keine Kinder erziehen. Und das ist ein richtiges und wichtiges Signal für diese Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass das Thema Familie eines der ganz wichtigen Themen der nächsten 10 bis 20 Jahre wird. Es wird eine Verknappung der Arbeitskräfte geben, damit wird die Arbeitskraft der Frau auch aus dem Blickwinkel der Wirtschaft eine ganz neue Bedeutung erfahren, und die Gesellschaft wird die Aufgabe haben, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Die CDU hat zu Recht immer gesagt, wir wollen die Entscheidungsfreiheit der Eltern, wie sie Kindererziehung, Familie und Erwerbsleben miteinander kombinieren. Aber bei Lichte betrachtet, ist die Entscheidungsfreiheit natürlich nicht alleine dadurch gewährt, dass man sagt, du darfst zu Hause bleiben, sondern Entscheidungsfreiheit bedeutet auch, dass ich für andere Optionen die Voraussetzungen schaffe. Und mit Sicherheit ist die Kinderbetreuung etwas, was verbessert werden muss. Da hat auch die CDU zu lange gezögert. Da haben wir auch zu oft gute Sonntagsreden über die Familien gehalten und haben zu wenig an konkreten Hilfen entwickelt. Das sage ich ganz klar. Aber ich sage auch, die Frage, welche Fähigkeiten man in der Kindererziehung erwirbt und wie weit die im Erwerbsleben noch mal von Nutzen sein können, diese Frage muss auch besprochen werden. Wir sind eine Gesellschaft, die spricht unentwegt davon, dass die Menschen kreativ, nervenstark, mobil und innovativ sein müssen. Und wenn dann eine Mutter, die zwei oder drei Kinder erzogen hat, mit 38 ins Erwerbsleben zurückkehren will, dann wird sie angeguckt, als hätte sie im ganzen Leben nichts geleistet. Ich kann von meiner Ministeriumstätigkeit sagen, ich habe viele Männer, ich will keinem zu nahe treten, erlebt, die haben mit 38 schon fast das zwanzigste Jahr hinter dem gleichen Schreibtisch gesessen. Die waren mit Sicherheit nicht immer kreativer, nervenstärker, mobiler und improvisationsfreudiger als Mütter, die dann wieder zurück ins Arbeitsleben gingen.

Eine weitere Herausforderung – Rente ist der eine Teil –, aber die weitere Herausforderung unserer Gesellschaft besteht natürlich insbesondere in der Erhaltung unseres Gesundheitssystems. Und ich kann an dieser Stelle nur sagen, hier steht Deutschland wieder am Scheideweg, weil der Gesundheitsmarkt erheblich wachsen wird und weil wir diese Kräfte des Marktes nur freisetzen können, wenn wir ihnen auch dynamische Entfaltungsmöglichkeit erlauben. Wenn aber die Antwort der Bundesregierung auf die Frage nach der Zukunft der medizinischen Versorgung das Budget ist, dann ist die so offensichtlich falsch, dass es traurig ist, dass wir damit schon zwei Jahre verschwendet haben. Und besonders traurig ist es auch deshalb, weil die CDU diesen Irrweg 1996 auch schon gegangen ist und Horst Seehofer nach bitterer Erfahrung Abstand davon genommen hat. Sie können nicht einen Bereich, in dem geforscht und entwickelt wird, einen Bereich, in dem die Möglichkeiten sehr stark wachsen, in seinen Ausgaben daran koppeln, wie sich die Lohnsummen in Deutschland entwickeln. Das ist aber das Budget. Und es ist auch unfair, dass der Staat sich zurückzieht und sagt, darum kümmern wir uns nicht und jetzt sollen mal die Ärzte mit den Patienten und den Krankenkassen gucken, wie sie da klarkommen. Das führt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu, dass die, die ihre medizinischen Leistungen nicht selbstbewusst einfordern können, sie nicht mehr, schlechter oder später bekommen. Und das ist nicht das, was ich unter einer solidarischen Gesellschaft verstehe.

Letztlich ist der Weg, den wir 1998 schon begonnen haben, nämlich in einem sozial verträglichen Ausmaß die Selbstbeteiligung des Patienten zu



fordern, die eigene prophylaktische Anstrengung zu belohnen, vielleicht auch verschiedene Optionen von Sicherheitsgraden in den Versicherungen anzubieten und vor allen Dingen im Wettbewerb unter den Krankenversicherungen zuzulassen, mit Sicherheit die richtigere, innovativere und kreativere Antwort, auch wenn sie den Menschen schwer fällt. Und wir haben ja wegen der Selbstbeteiligung einen unheimlich schwierigen Wahlkampf 1998 gehabt, weil man gesagt hat, das sei unsozial. Man hat immer verschwiegen, dass die chronisch Kranken nie mehr als ein Prozent ihres eigenen Einkommens für Medikamente ausgeben müssen. Aber ich sage Ihnen, weder ist nach dem Regierungswechsel die Selbstbeteiligung weggefallen, noch haben wir irgendeine andere vernünftige Antwort bekommen, abgesehen von der Zweiklassenmedizin unter den Bedingungen eines gedeckelten Budgets. Nun bin ich sehr gespannt, wie die neue Gesundheitsministerin die Sache angeht. Ich fordere sie auf, sie soll Vorschläge auf den Tisch legen, dann überlegen wir uns, ob wir darüber mitsprechen. Aber eine Regierung ist auch dafür Regierung, dass sie erst einmal ihre eigenen Vorschläge auf den Tisch legt. Das ist bis jetzt nicht in vernünftiger Weise erfolgt.

Meine Damen und Herren, Wissensgesellschaft bedeutet auch, dass sich die Arbeitswelt des Einzelnen massiv verändert. Das bedeutet nicht nur, dass man lebenslang immer wieder lernen muss und damit natürlich auch erhebliche Anforderungen an die Pädagogik verbunden sind. In einer Welt, in der die mechanischen Tätigkeiten im Wesentlichen von Maschinen erledigt werden, bedeutet dies auch, dass der einzelne Arbeitnehmer in erheblichem Maße selbstständiger geworden ist, als dies vor 20-30-40-50 Jahren der Fall war. Auf diese Veränderung muss die Politik eine selbstbewusste Antwort geben. Aus diesem Grunde ist die Diskussion über die Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes nicht nur irgendwie eine Diskussion, sondern sie ist die Frage an uns, was bedeutet soziale Partnerschaft in einer Zeit, in der die Selbstständigkeit auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich entwickelt und verstärkt hat? Und da ist die Antwort der Bundesregierung mit Sicherheit falsch, weil sowohl Herr Müller als Bundeswirtschaftsminister als auch Herr Riester als Bundesarbeitsminister nicht vom Einzelnen her denken, sondern in großen Verbandsstrukturen, der eine für die Arbeitgeberverbände, der andere für die Gewerkschaften, die aus meiner Sicht nicht die Zukunft einer flexiblen und weniger hierarchischen Welt bedeuten werden.

Wir sagen *Ja* zur sozialen Partnerschaft. Sie war und ist ein Markenzeichen der sozialen Marktwirtschaft. Und es kann nicht die Aufgabe sein, die Mitbestimmungstatbestände auf der obersten Ebene immer weiter auszuweiten, vielmehr muss es die Aufgabe sein, den einzelnen Betriebseinheiten und den Betriebsräten mehr Entscheidungsmöglichkeiten zu geben, was Bündnisse für Arbeit, Tarifverträge und auch was Arbeitszeiten und ihre Arbeitsgestaltung anbelangt. Das ist um ein Vielfaches wichtiger. Es kann ja wohl nicht sein, dass so was in Deutschland nur möglich ist, wenn der Bundeskanzler gerade Holzmann retten muss. Sondern dies muss natürlich auch dann möglich sein, wenn andere Betriebe ihre Nöte haben und die Belegschaft mehrheitlich die Entscheidung trifft, dass sie zur Sicherung der Beschäftigung oder zur Erweiterung der Beschäftigung Maßnahmen für geeignet hält, um den Standort Deutschland zu sichern. Und deshalb haben wir in unserem Vorschlag für eine Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes genau diesen Aspekt verstärkt, wir haben gesagt, damit nicht Willkür herrscht, soll es durchaus ein begründetes Vetorecht der Tarifparteien geben. Aber es muss erst einmal festgeschrieben werden, dass es zu den Aufgaben von Betriebsräten gehört, sich auch um solche Bündnisse für Arbeit zur Sicherung von Beschäftigung und zur Ausweitung von Beschäftigung kümmern zu dürfen. Ich halte das für einen Emanzipationsschritt, der die richtige Antwort auf mehr Selbstständigkeit im eigenen Leben eines Arbeitnehmers ist. Deshalb ist so eine Diskussion nicht etwas, das Deutschland schon aushalten wird, mal abgesehen von den erstaunten Blicken aller ausländischen Investoren, die nicht richtig verstehen, was hier gerade los ist. Dies ist eine grundsätzliche Diskussion über unser Verständnis von der Mündigkeit des modernen Arbeitnehmers. Es ist

nun mal so, dass die innovative Informations- und Kommunikationstechnologie auch ganz andere Arbeitsrhythmen kennt. Die Begrenzung der Arbeitszeit auf zwölf Stunden z.B. nach der deutschen Arbeitszeitregelung ist mit Sicherheit nicht immer das Allerbeste, was einem Programmierer, der gerade auf Fehlersuche in der 763. Zeile seines Codes ist, passieren kann. So werden Sie nicht innovativ werden. Und das mag ja für den VW-Arbeiter oder Opel-Arbeiter am Fließband absolut richtig sein, das ist aber in neuen Branchen nicht mehr richtig, und deshalb müssen wir den Mut zu mehr Vielfalt haben.

Und ich sage auch, dass der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für alle – Gießkannenprinzip – mit Sicherheit nicht richtig ist. Kündigungsschutzregelungen sind nicht umso besser für die Arbeitnehmerinnen und Unternehmen, je strenger sie sind, sondern es kann sehr wohl sein, dass der 55-jährige Arbeitssuchende sehr viel bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat, wenn für ihn nicht die Kündigungsschutzregeln eines 25-Jährigen, sondern im Zweifelsfall eine Abfindungsregel gilt, die gleich am Anfang vereinbart wird, aber dafür wird er eingestellt. Wir müssen aufhören, in den klassischen, festen Besitzstandsstrukturen zu denken, wir müssen von denen her denken, die noch in keiner Besitzstandsstruktur festsitzen und sich ihr Recht erst erkämpfen müssen. Und wenn wir dies nicht lernen, dann werden wir nicht die richtige Antwort haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz drei Punkte ansprechen, die aus meiner Sicht sehr wichtig sind. Globalisierung bedeutet natürlich, dass man sich in Räumen zusammenschließen muss, die wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Räumen wieder erst ermöglichen. Das Beispiel des A3XX ist ja ein hochspannendes Beispiel, nicht nur weil Hamburg jetzt auch einen baut, sondern das Beispiel des Airbus ist ja eine bewusste gestalterische politische Entscheidung der vergangenen Jahrzehnte, um den internationalen Wettbewerb um bestimmte Flugzeug-typen überhaupt aufrechtzuerhalten. Sie hätten heute ein Monopol von Boeing, wenn die europäische Luftfahrtindustrie sich nicht in einer gewaltigen politischen Anstrengung dazu entschlossen hätte, Boeing etwas entgegenzusetzen. Und dies hat uns davor bewahrt, die Opfer eines Monopols zu werden. Und auch die Vorgänge um Microsoft sind ja hochinteressant, weil die Monopolisierung gerade von neuen Märkten eine Riesengefahr ist, da die neuen Technologien natürlich unglaublich lange Anlaufzeiten gebrauchen, um dann wieder einen anderen Wettbewerber überhaupt auf den Plan kommen zu lassen. Und deshalb verfolge ich z.B. mit großer Sympathie alles, was sich um Linux herum entwickelt, und denke, dass man solche Initiativen fördern und fordern muss.

Die internationale Ordnung des Wettbewerbs und der Wirtschaft ist heute von größerer Bedeutung, als sie dies zu Beginn der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland war. Aber eine öffentliche Diskussion darüber, welche Institutionen wollen wir denn dafür haben, ist überhaupt nicht geführt worden. Wir haben heute die europäischen Wettbewerbsämter, wir haben die amerikanischen, die Entwicklungsländer haben überhaupt keine Strukturen, mit denen sie sich Marktzugänge erkämpfen können. Wir haben die internationale Handelsorganisation, deren Aufgabenspektrum – aus meiner Sicht – nicht klar umrissen ist. Wir können am Beispiel der Landwirtschaft und des liberalen freien internationalen Handels natürlich eines genau beobachten: Was ist freier Handel, und brauchen wir dafür soziale und ökologische Mindeststandards? Wenn wir dies als Erstes einmal verneinen, dann ist vollkommen klar, dass kein europäisches Agrarprodukt gegenüber Amerika oder Argentinien wettbewerbsfähig ist. Wenn wir aber sagen, ökologische und soziale Mindeststandards sind nach unserem Verständnis marktwirtschaftlicher Mechanismen auch ein Wert an sich, dann sieht die Frage eines fairen Welthandels sofort ganz anders aus. Deshalb, und da erwarte ich auch – muss ich ganz ehrlich sagen – noch mehr Impulse aus der Wirtschaft, brauchen wir über dieses Thema eine wirkliche Diskussion, damit hier kein falscher Weg eingeschlagen wird, aber im notwendigen Umfang auch Rahmenregelungen, so wie wir sie aus der Wettbewerbsordnung von Deutschland

kennen, international geschaffen werden können.

Persönlich glaube ich, und ich hab' das als Umweltministerin auch unter scharfer Kritik praktiziert, dass sich in einer sich schnell verändernden Welt gar nicht mehr alles über gesetzliche und internationale Regelungen regeln lässt, sondern dass das Mittel der Selbstverpflichtung an Bedeutung gewinnen wird und solche Absprachen von größter Bedeutung sein werden. Wenn man sich einmal anguckt, was in den Baseler Bankenabsprachen z.B. an Kriterien inzwischen entwickelt wurde, wenn man sich mal anguckt, was zwischen Bertelsmann und Napster inzwischen zur Sicherung des Urheberrechts im Bereich der Musik in Gang gekommen ist, ohne dass sich staatliche Institutionen darüber gesetzliche Gedanken gemacht haben, dann sehen Sie, dass wir ganz neue Gestaltungsmechanismen auch von Rahmenbedingungen bekommen werden, denen die Politik offen gegenüberstehen sollte. Denn eines ist sicher, bei immer größerer Beschleunigung ist die Gefahr, dass die politische Rechtssetzung und die deutsche Rechtsprechung mit den eigentlichen Veränderungen der Welt überhaupt nicht mehr Schritt halten, eine der größten Gefahren, die ich sehe.

Wenn Politik diesen Gestaltungsspielraum behalten will, dann muss die Politik sich darüber Gedanken machen, was auf internationaler Ebene, was auf europäischer Ebene entschieden werden muss, und was müssen wir auf die regionale, lokale Ebene zurückgeben? Mit Sicherheit sind die Dinge immer besonders schwierig, die gesplittete Verantwortlichkeiten enthalten. Je mehr Ebenen an einer Entscheidung beteiligt sind, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich letztlich keiner mehr für diese Entscheidung verantwortlich fühlt. Der Sozialismus war das Ende der organisierten Verantwortungslosigkeit. Wir brauchen die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten auf eine Ebene und im Zweifelsfall immer auf die niedrigste Ebene, die dafür in Frage kommt, und dies bedeutet mit Sicherheit die Stärkung der kommunalen und regionalen Aktivitäten und Institutionen. Kommunalpolitik ist deshalb auch von so großer Bedeutung, und deshalb ist es so falsch, wenn alle gesetzlichen Regelungen des Bundes und Europas zu Lasten der Kommunen gehen und ihnen die Entfaltungsspielräume nehmen. Das wird die Bürger nur verprellen. Das wird die Entscheidungswege nur länger machen, und das wird die Anonymität von Entscheidungen nur verstärken.

Ich bin stolz darauf, dass CDU und CSU gemeinsam die Diskussion über die Frage angestoßen haben, was muss in Europa entschieden werden, was kann in der nationalen Ebene entschieden werden, was muss auf lokaler Ebene entschieden werden? Wolfgang Schäuble wird sich genau mit der Erarbeitung eines solchen Verfassungsvertrages für Europa beschäftigen, den wir brauchen, weil ansonsten diese Europäische Union keine Europäische Union der Bürgerinnen und Bürger werden wird. Und meine Damen und Herren, die Europäische Union eröffnet uns Spielräume. Wir sind hier an der Küste, und ich habe selber meinen Wahlkreis auf der Insel Rügen und in der Hansestadt Stralsund, d.h., der Ostseeraum z.B., der nordische Bereich Europas, wird von einer ganz großen Bedeutung sein und wir müssen die Kraft haben, die Chancen z.B. auch einer Osterweiterung der EU zu sehen, um zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zu kommen. Wir müssen an bestimmten Stellen mit Sicherheit kleinstaatlerisches Denken überwinden – und damit spreche ich nicht für einen Nordstaat, damit mich hier keiner missversteht, ich bin viel zu stolz, in Mecklenburg-Vorpommern zu sein –, aber wir müssen Verkehrswegeplanung, Fährenplanung nicht immer nur unter dem lokalen Blickwinkel ‚wer nimmt wem welches Schiff weg‘, sondern unter der Frage der natürlichen Gegebenheiten und der natürlichen Ströme der Menschen untersuchen und überlegen, wo liegen unsere Chancen gegenüber denen, die etwas weiter südlicher wohnen. Und man kann ja sehen, dass bestimmte Mittelmeerstaaten ihre lokalen Interessen wirksam wahrnehmen. Und ich kann uns im Norden nur wünschen, dass wir dies genauso für unsere lokalen Gegebenheiten miteinander schaffen.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht an einigen Beispielen aufzuzeigen, was die Beschreibung der veränderten Wirklichkeit an notwendigen Veränderungen im politischen Handeln nach sich zieht. Dies ließe sich um einiges erweitern. Ich will aber noch mal darauf hinweisen, dass ich es auch in

einer Zeit, in der sich die Wirtschaft immer schneller entwickelt und viele Menschen den Eindruck haben, die Politik kommt da sowieso nicht mehr hinterher, für erforderlich halte, dass die Politik wieder einen starken Gestaltungsanspruch entwickelt, und zwar nicht in dem Sinne der Gängelung, sondern im Sinne der Schaffung von Freiräumen für die Menschen, die sich für dieses Land engagieren wollen. Solche politischen Entscheidungen haben oft einen langen Vorlauf. Es gehört für mich z.B. zu den weisesten Entscheidungen des damaligen Ministers für Post und Telekommunikation, Schwarzschilding, den Rahmen, den Rechtsrahmen für die Mobiltelefone schon Ende der 80er Jahre europäeinheitlich so geregelt zu haben, dass heute ein Wettbewerb im Sinne und zugunsten des Kunden stattfinden kann. Und es gehört zu den bitteren Erfahrungen – auch das bitte ich nicht zu vergessen, wenn man heute manchmal sagt, die Ära Kohl, das war ja eigentlich nur Stillstand –, dass die Privatisierung der Post gegen den erheblichen Widerstand der Sozialdemokraten irgendwann durchgesetzt werden konnte und dass es zum Schluss nur zwei Ministerpräsidenten gab, die im Bundesrat dagegengestimmt haben. Das waren Herr Eichel und Herr Schröder. Dass nun ausgerechnet Herr Eichel – ja das war so – die 100 Milliarden Mark einstreichen konnte, das mögen Sie mir verzeihen – bei aller Überparteilichkeit und allen Wünschen für Deutschland –, tut einem dann als CDU doch ganz schön weh.

Aber jetzt sage ich Ihnen wieder, die Frage, ob die allgemeine Freude und die besondere Freude des deutschen Finanzministers über diese gewonnenen 100 Milliarden in zehn Jahren wirklich als eine gute Tat für Deutschland herauskommen, diese Frage ist nicht entschieden. Denn die Frage, ob wir durch diese UMTS-Lizenzen gegenüber Finnland, gegenüber Spanien, gegenüber Frankreich unsere eigene Wirtschaft und unsere Forschungs- und Entwicklungskapazitäten nicht in einem Maße belastet haben, dass sie anschließend die Entwicklung von UMTS behindern und neue technologische Stufen nicht ermöglichen und die Finnen und Spanier an uns vorbeiziehen, ist noch nicht beantwortet. Was ich damit sagen will, ist, dass, wenn man Politik gestalten will, dann braucht Politik einen klaren ordnungspolitischen Rahmen und eine klare Vision von dem, was Ordnungspolitik leisten soll und was nicht und welches Bild wir vom Menschen haben. Und deshalb habe ich von einer Wir-Gesellschaft gesprochen, einer Gesellschaft, die aus drei Elementen besteht.

Das erste Element heißt: Es muss den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, das zu leisten, was sie leisten möchten. Das hört sich simpel an, aber das wird im Alltag oft nicht erreicht. Denn wer ein Unternehmen gründen will, wer einen Kindergarten auf die Beine stellen will, wer sich in einem Verein engagieren will, der stößt auf eine unendliche Zahl von Vorschriften, deren Legitimation sich nicht in jedem Fall sofort erschließt. Und wenn wir dies nicht als Grundelement nehmen, dann werden wir nicht in der Lage sein, das zweite Element zu erfüllen, dass nämlich die, die Hilfe brauchen, in dieser Gesellschaft Hilfe erhalten. Und auch da ist doch die Wahrheit so, dass bei aller Breite unserer sozialen Sicherung immer wieder Gruppen bestimmte Sicherungen nicht bekommen. Ich habe die Familien genannt, ich kann die Behinderten nennen. Und dass andere sich angewöhnt haben, von dieser Gesellschaft auch ganz gut zu leben. Deshalb für mich das dritte Element einer solchen Wir-Gesellschaft dazu, und das ist das Element, dass jeder, der in dieser Gesellschaft Solidarität bekommen will, die Pflicht hat, dass was er leisten kann, in diese Gesellschaft einzubringen.

Wenn wir diese drei Elemente als Maßstab an unser politisches Handeln legen und immer wieder überprüfen, ob wir auf dieser ordnungspolitischen Ebene richtig liegen, dann werden die Menschen Zutrauen zu sich selbst bekommen und in Veränderungen die Chancen sehen und nicht immer nur die Risiken, dann wird die Politik wieder die Kraft haben, den Ordnungsrahmen zu schaffen, in dem menschliches Leben möglich ist. Und dann wird Politik auch von den Menschen wieder akzeptiert werden. Denn auch das ist richtig, dass viele in einem gefühlsmäßigen Zwiespalt leben. Sie sind fasziniert von den Veränderungen, und sie haben Sorge, ob sie bei diesen Veränderungen mitkommen oder auf der Strecke bleiben. Und deshalb kann das Fahren auf einem Karussell, wie wir es alle kennen, bei sich vergrößernder Beschleunigung eine Freude sein, da mein eigener Gesichtsrahmen größer wird, aber

wenn ich mich nicht sicher fühle und nicht irgendwo einen Anschnallgurt auf diesem Karussell habe, dann fühle ich mich unsicher und die ganze Karussellfahrt dient zu nichts mehr. In diesem Sinne ist es ganz wichtig, dass wir mit den Menschen ehrlich, redlich und ordentlich über das sprechen, was angesichts von Veränderungen als neue Antworten auf völlig neue Fragen notwendig ist. Das will die CDU tun, das tut sie manchmal schon ganz gut. Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben. ■